

Nachdem noch Reichsfinanzminister Freiherr v. Becke hinzugefügt, daß der Grund des Widerspruches der türkischen Regierung in ihrer Absicht zu suchen sei, die eigenen Offiziere, die aber Direktor Pressel nicht brauchen könne, zu beschäftigen, wurde die Sitzung geschlossen.

Beust

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen.
Wien, 12. Juli 1869. Franz Joseph.

Nr. 55 Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 10. Juli 1869

RS. (und RK.)

Gegenwärtige: der k. k. Ministerpräsident Graf Taaffe, der Reichsfinanzminister Freiherr v. Becke, der Reichskriegsminister FML. Freiherr v. Kuhn, Sektionschef v. Hofmann.

Protokollführer: Sektionschef Freiherr v. Konradshaim.

Gegenstand: I. Besprechung über die in den Delegationen zu befolgende Taktik. II. Petition der Stadtgemeinde Olmütz um Stadterweiterung.

KZ. [fehlt] – RMRZ. 55

Protokoll des zu Wien am 10. Juli 1869 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Grafen Beust.

[I.] Reichskanzler Graf Beust eröffnete die Besprechung, indem er mit Hindeutung auf die morgen stattfindende Eröffnung der Delegationen die bereits in der Sitzung des gemeinsamen Ministerrates vom 4. Juli¹ zur Sprache gebrachte Notwendigkeit betonte, den Einfluß der Regierung bei den ihr ergebenden Delegierten nunmehr in der Richtung geltend zu machen, daß die aus der Mitte der Delegationen zu erwählenden Subkomitees zur Vorberatung der einzelnen Partien des gemeinsamen Budgets in einer der glatten Geschäftsabwicklung fördernden Weise zusammengesetzt und dadurch der Wiederholung des im November vorigen Jahres speziell bei der Delegation des Reichsrates eingetretenen Falles vorgebeugt werde, daß das oppositionelle Element in einzelnen Subkomitees die Oberhand gewinne, wo es sodann schwer sei, im Plenum die Ansätze der Regierung gegen die Anträge der Berichterstatter durchzubringen.

Da die eigentliche Beratung der Delegationen füglich nicht vor dem Empfange bei Seiner Majestät dem Kaiser beginnen, letzterer aber aus Rücksicht für die ungarischen Delegierten, welche sich morgen bloß auf die

¹ GMR. v. 4. 7. 1869, RMRZ. 54.

Konstituierung der Delegation beschränken, dann aber zur Beendigung gewisser Landtagsverhandlungen auf ganz kurze Zeit nach Pest zurückreisen würden, erst nächsten Donnerstag stattfinden könne, so habe die Regierung genügende Zeit, um wenigstens, was die in Budgetfragen weniger kulante Delegation des Reichsrates betrifft, im vertraulichen Verkehr mit einzelnen Delegierten für die Erreichung des gewünschten Resultates tätig zu sein. In dieser Absicht müsse zunächst dahin gewirkt werden, daß die Delegation des Reichsrates sich morgen gleichfalls nur auf die Konstituierung beschränke und die Wahl der Ausschüsse nicht, wie bei der zweiten Delegation des Vorjahres, sofort, sondern wenn möglich nur nächsten Dienstag vornehme.²

S e k t i o n s c h e f v. H o f m a n n³ bezeichnete sofort jene Persönlichkeiten aus der Reihe der Reichsratsdelegierten, auf deren willfähiges Entgegenkommen man rechnen könne, und unter diesen speziell den Abgeordneten Banhans, welcher sich nach seiner gegenwärtigen Stellung und seinen parlamentarischen Antezedenzen am besten dazu eignen würde, als Vermittlungsorgan zwischen der Regierung und den Delegierten einzutreten.⁴

Zugleich bemerkte er, wie es wünschenswert sei, daß von der bisherigen Gepflogenheit, wonach die Delegation des Reichsrates zuerst einen großen Ausschuß und dieser dann die Subkomitees wählte, im Interesse der Geschäftsvereinfachung abgegangen und daß die Komitees unmittelbar aus dem Plenum gewählt werden mögen, welchem sie auch unmittelbar zu referieren haben. Solcher Komitee wären nach Ansicht des Vortragenden vier zu wählen, nämlich für das Budget des Ministeriums des Äußern, dann je eines für das Budget der Landarmee und der Marine und endlich für das Budget des gemeinsamen Finanzministeriums und das Kontrollwesen. Das Komitee für das Budget der Landarmee hätte bei dem Umfange der ihm obliegenden Arbeit aus neun, die übrigen Komitees aus sieben Mitgliedern zu bestehen, und sei bei deren Zusammensetzung darauf Rücksicht zu nehmen, daß neben den Delegierten aus der Mitte der Abgeordneten auch Mitglieder des Herrenhauses und unter den ersteren auch oppositionelle Elemente, diese aber in einer solchen Verteilung Berücksichtigung finden, daß sie in keinem Komitee die Majorität erlangen. Letzteres sei ein Hauptmo-

² *Über den Ablauf der Delegationssession und die Delegationsausschüsse* SOMOGYI, A delegáció 480–482, 485–486.

³ *Es ist eigentümlich, daß Sektionschef Hofmann wie ein vollberechtigtes Mitglied am gemeinsamen Ministerrat teilnimmt, bei dem er augenscheinlich seine guten persönlichen Beziehungen im österreichischen politischen Leben nutzbar machen soll. Über seine Rolle* SOMOGYI, Der gemeinsame Ministerrat der österreichisch-ungarischen Monarchie 1867–1906 62–64.

⁴ *Anton Banhans, deutscher liberaler Abgeordneter, wird 1867 als Sektionschef ins Ministerium des Inneren berufen.*

ment der zu befolgenden Taktik, und darauf müsse in erster Linie hingewirkt werden.

Diese Bemerkungen und Anträge fanden bei den Konferenzmitgliedern allseitige Billigung, worauf jene Delegierten des Reichsrates, welche der Regierung als Komiteemitglieder erwünscht wären, namhaft gemacht und schließlich Ministerpräsident Graf Taaffe mit der Aufgabe betraut wurde, im Wege einer privativen Besprechung mit einigen dem Ministerium näherstehenden Delegierten denselben die Wünsche der Regierung bekanntzugeben und sie für deren Förderung in dem oben angedeuteten Sinne zu gewinnen.

Reichskanzler Graf Beust macht die Konferenz sofort mit den Eröffnungen und geschäftlichen Mitteilungen bekannt, die er der Delegation morgen zu machen beabsichtigt und die sich neben der üblichen Begrüßung und Aufforderung zur Präsidentenwahl einerseits auf den Empfang bei Seiner Majestät dem Kaiser, anderseits auf die kumulativ einzubringenden Beratungsvorlagen, unter welchen nur das Rotbuch nachgetragen werden soll, beziehen werden.

[II.] Ebenso eröffnete Vorsitzender, daß ihm eine Petition der Stadtgemeinde Olmütz an das k. u. k. Gesamtministerium um Stadterweiterung und Aufhebung der Baureverse zugekommen sei. Heute sei es noch nicht an der Zeit, über dieselbe meritorisch zu beraten, er werde sie daher vorläufig an den Reichskriegsminister leiten und erbitte sich bei der Wichtigkeit des Gegenstandes eine eindringliche Begutachtung.⁵

Nachdem Reichskriegsminister Freiherr v. Kuhn auf die strategische Notwendigkeit, daß Olmütz als befestigter Platz zum Schutze gegen einen aus Preußen oder Rußland vordringenden Feind vorbehalten werde, und Ministerpräsident Graf Taaffe auf die von der bittstellenden Gemeinde angeführten volkswirtschaftlichen Gründe hingedeutet, während Reichsfinanzminister Freiherr v. Becke wenigstens die Frage, ob die Festungsmauern nicht etwa fallen könnten, der Erwägung wert bezeichnete, wurde die Sitzung geschlossen.⁶

Beust

[Ah. E. fehlt.]

⁵ *Bürgermeister der Stadt Olmütz an das Gesamtministerium v. 24. 5. 1869* HHStA., PA. I, Karton 560, Nr. 810/PS. *Beust sendet am 16. 7. 1869 entsprechend dieses Ministerratsbeschlusses das Memoire des Olmützer Bürgermeisters an den Reichskriegsminister* ebd. Karton 554, Nr. 523/PS.

⁶ *Reichskriegsminister Kuhn an Beust v. 21. 10. 1869* ebd. Karton 560, Nr. 810/PS: *er weist das Begehren der Stadt zurück. Die Note des Reichskriegsministers kommt „bis zur Reassumierung [erneute Vorlage, Behandlung] im Ministerrat“ ad acta.* Ebd.